Meister im Kassieren

Subventionen Die Gemeinde Oberhof in Thüringen bekam mehr als 150 Millionen Euro für Sportstätten und Tourismus – und ist doch chronisch pleite.

Skihalle in Oberhof

Mitte Oktober war wieder so ein Termin, an dem sich Kameras und Mikrofone auf Thomas Schulz, 50, richteten. Am Ortsrand von Oberhof wurde Schanzenweihe gefeiert. „Das ist ein glücklicher Moment“, sagte der Bürgermeister des Ortes, Thüringen könne nun wieder „seine einstige Rolle als Kaderschmiede des Skispringens zurückgewinnen“.

Schulz ist gelernter Elektriker. Doch der Mann mit der randlosen Brille legt schon lange keine Strippen mehr. Er ist nun beschäftigt mit offiziellen Spatenstichen, er muss Eröffnungsbänder durchschneiden und Politikerhände schütteln.

Die neue Sprungschanzenanlage wird 12 Millionen Euro kosten, 5 Millionen mehr als geplant. Aber dafür wird sie auch den Ruhm des Ortes mehren, der so viele Wintersportanlagen internationalen Zuschnitts hat wie keine andere deutsche Gemeinde.

Oberhof in Thüringen, schon zu DDR-Zeiten ein Zentrum für Spitzensportler, hat seit der Wiedervereinigung 1990 nicht nachgelassen: Mehr als 150 Millionen Euro erhielt die Kommune an Subventionen für gewaltig dimensionierte Sportstätten und fragwürdige Tourismusprojekte.

20 Olympiasieger hat der Ort mit 1600 Einwohnern nach der Wende hervorgebracht, aber zu wahrer Meisterschaft hat er es im Abkassieren und im Schuldenmachen gebracht. Die Geschichte von Oberhof beschreibt beispielhaft, wie Steuergelder in Millionenhöhe versenkt beziehungsweise in den Thüringer Wald gesetzt wurden – und wie dieser Geldfluss bis heute nicht versiegt, obwohl die Gemeinde nie der Touristenmagnet wurde, zu dem ihn die Investitionen machen sollten.

Verzückt vom olympischen Gold, das in Oberhof produziert wurde, von bundesweit populären Sportlern wie den Biathletinnen Antje Misersky und Andrea Henkel, erwiesen Politiker aller Couleur dem Ort die Ehre: Johannes Rau, Horst Köhler, Gerhard Schröder, Edmund Stoiber, Wolfgang Schäuble – alle kamen sie. Und in der eine knappe Autostunde entfernten Landeshauptstadt Erfurt mochte eh niemand dem berühmten Bergdorf einen Wunsch abschlagen.

Zumal Oberhof ja auch reichlich Geschichte zu bieten hat. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts lockte die klare Luft Kaiser Wilhelm II. an, später stapfte hier Marlene Dietrich mit ihrer Tochter durch den Pulverschnee. Nach dem Krieg ließ sich SED-Chef Walter Ulbricht eine mondäne Unterkunft bauen – schon damals floss viel Geld, damit der Staatsratsvorsitzende auf guten Straßen sein Domizil erreichte. Ulbrichts Haus wurde nach seinem Tod weiter als Gästehaus des Ministerrats genutzt, heute ist es eine überwucherte Ruine.

Die DDR ersetzte die kleinen Hotels und Pensionen aus der Kaiserzeit durch vielgeschossige Bettenburgen fürs Volk. Gleichzeitig baute der medaillenfixierte Staat den Erholungsort zum Leistungszentrum für Rodler, Bobfahrer, Biathleten, Skispringer und Langläufer aus. Das Ergebnis der doping- und stasiverseuchten Kaderschmiede: 38-mal Gold, Silber, Bronze bei Olympischen Spielen.

Nach der Vereinigung wollte der neue, gesamtdeutsche Sport diese Ressource weiterhin nutzen – weshalb das Geld großzügig floss: 15 Millionen Euro gab es für die Renovierung der Bob- und Rodelbahn, 12 Millionen für eine Biathlon-Arena, die einmal im Jahr an fünf Tagen Weltcup gefüllt ist. Gerade hat die Gemeinde einen Teich angelegt, um im Winter Kunstschnee produzieren zu können. Der Ort hat außerdem 18 Millionen Euro vom Bund gefordert, um die Biathlon-Stätten WM-tauglich zu machen.

Neben der gerade eingeweihten Normalschanze zum Skispringen wird noch eine weitere für Sprünge über 140 Meter generalsaniert. Die Bundesrepublik leistet sich damit fünf Skisprungstätten für höchste internationale Ansprüche – auch das ein Weltrekord.

Kaum eine Wintersportart, für die Oberhof nicht erstklassige Bedingungen garantiert: So bekamen die Skilangläufer für 16 Millionen Euro eine überdachte Skiloipe, in der sie ganzjährig auf Schnee trainieren können. Wie eine Schlange liegt die rund einen Kilometer lange Halle mitten im Wald, sie frisst so viel Energie wie eine Kleinstadt und ist auch im Sommer geöffnet. Dann haben einzelne Läufer sie manchmal ganz für sich allein.

Seit Neuestem ist Schulz nicht nur Bürgermeister, er hat als Geschäftsführer der Oberhof-Sportstätten GmbH nun auch die Aufgabe, die Gemeinde touristisch zu vermarkten. Gleichzeitig soll er die Defizite der Mammutsportanlagen begrenzen – eine fast unlösbare Aufgabe.

Allein in die Sportstätten haben der Bund und das Land seit der Wende mehr als 72 Millionen Euro gesteckt. Dazu kommt ein zweistelliger Millionenbetrag für die Sanierung der Kaserne, in der die Bundeswehr-Sportkompanie untergebracht ist. Und mehrere Millionen verschlang der Umbau des örtlichen Sportgymnasiums.

Schon in den ersten Jahren nach der Einheit begriffen die Regierung in Erfurt und die Gemeinderäte Oberhofs, wie bereitwillig der Bund Geld für Medaillen ausgab. Dass der Betrieb der Sportstätten gewaltige Folgekosten verursachte, störte die Einheimischen nicht weiter. Wenn die Gemeinde nicht mehr zahlen konnte, sprang das Land ein. Mehr als 25 Millionen Euro flossen aus dem sogenannten Landesausgleichsstock nach Oberhof. Der von 1994 bis 2002 amtierende Landesfinanzminister Andreas Trautvetter (CDU) machte sich dabei so beliebt, dass er 2004 zum Präsidenten des deutschen Bob- und Schlittenverbandes gewählt wurde. Die Thüringer Sozialministerin Heike Taubert (SPD) verteidigt bis heute die Ausgaben, die sich allein in den vergangenen Jah-

FOTO: LARS SCHNEIDER / SCHNEIDER OUTDOOR VISIONS

ren auf mehr als 33 Millionen Euro summierten.

Als Beispiel für die Großmannssucht dient die Rennsteig-Therme, ein 17 Millionen Euro teures Spaßbad, das 1996 eröffnet wurde. Anfangs strömten ausreichend Besucher in die Therme, doch dann bauten die Nachbargemeinden mit Landessubventionen eigene Freizeitbäder. Die Zahl der Gäste in Oberhof reduzierte sich erheblich, aber die enormen Betriebskosten blieben. Nach zwölf Jahren gab die Gemeinde auf und schloss das Bad.

Wieder sprang das Land ein. Neun Millionen Euro machte die Erfurter Regierung für die Renovierung der Therme locker. Anfang 2014 wurde sie unter dem Namen H2Oberhof neu eröffnet, jetzt mit sechs Saunen und einem Bereich für FKK-Freunde.

Der Bund der Steuerzahler brandmarkte den Bau als Beispiel für die Verschwendungssucht der öffentlichen Hand. Mehrfach ermittelte die Staatsanwaltschaft in Erfurt wegen des Verdachts der Korruption gegen Politiker, Unternehmer und Funktionäre in der Gemeinde und des Landes. Das Amtsgericht Meiningen verurteilte Bürgermeister Schulz im Januar 2011 wegen Untreue und Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von knapp 9000 Euro.

Diese Verfahren haben kaum geholfen, Oberhofs Image zu verbessern. Wie schon zu DDR-Zeiten buchen die meisten Gäste das gigantische Panorama-Hotel am Ortseingang, ein 800-Betten-Haus, das trotz einiger Renovierungen noch immer die Ästhetik des Sozialismus ausstrahlt. Bis heute gibt es im Dorf viele Brachen, das Flair eines lebendigen Ortskerns fehlt.

Weil im vergangenen Winter so gut wie kein Schnee fiel, stand die Tourismuszentrale im Sommer kurz vor der Pleite. Erneut sprang das Land ein und überwies eine Liquiditätshilfe von 250 000 Euro.

Die steten Subventionen wurden selbst der in der Region geborenen Katrin Göring-Eckardt zu viel. Die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag sagte, sie halte es für einen Fehler, einen „hoch subventionierten Ort wie Oberhof mit weiteren Finanzmitteln auszustatten“.

Göring-Eckardt hatte sich darüber geärgert, dass die Gemeinde und das Land 800 000 Euro aus dem sogenannten Mauerfonds einfach umwidmeten. Mit den Erlösen aus dem Verkauf ehemaliger Mauer- und Grenzgrundstücke sollten eigentlich Projekte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert werden, so die Grüne.

Doch Oberhof sah den Finanzbedarf an anderer Stelle – und errichtete am Biathlonstadion ein Multifunktionsgebäude. Dort sollen demnächst verschwitzte Sportler duschen können.

Udo Ludwig, Thomas Purschke

FOTO: FREDRIK VON ERICHSEN / PICTURE ALLIANCE / DPA

Fragwürdige Treffer

Verkehr Richter und Experten zweifeln an modernen Radargeräten – die offenbar oft auch Unschuldige blitzen.

Was der Angeklagte zu seiner Verteidigung sagt, klingt wie eine faule Ausrede. Er sei „kein Raser“, barmt Michael K., 58, Berufskraftfahrer aus Südbaden. Er könne sich nicht vorstellen, so schnell gewesen zu sein: „So eine Geschwindigkeit fahre ich sonst nie.“

Die amtlichen Messdaten indes sagen etwas anderes: 98 Kilometer pro Stunde, nach Toleranzabzug – erlaubt waren auf der Landstraße nahe dem badischen Riegel maximal 70. Die vermeintliche Raserei brachte dem Mann im Mai 2013 einen Bußgeldbescheid über 80 Euro und drei Punkte in Flensburg ein. Der scheinbar unbestechliche Zeuge: eine hochmoderne Blitzanlage des Typs PoliScan Speed, wie sie seit 2006 vermehrt im Einsatz ist.

Dennoch sprach ein Richter des Amtsgerichts Emmendingen am vorigen Donnerstag K. und zwei weitere Angeklagte frei. Die Begründung des Richters Thomas Ullenbruch: Der PoliScan-Hersteller Vitronic gewähre nur unzureichend Einblicke in seine Messdaten. „Wer die Grundlagen der Messung nicht kennt, kann diese nicht infrage stellen“, so Ullenbruch. Damit sei das Gebot des fairen Verfahrens verletzt.

Der Vorwurf irritiert zunächst. Immerhin hat die Physikalisch-Technische Bundesanstalt die Blitzer zertifiziert, sie kommen als mobile Geräte und als fest installierte Säulen zum Einsatz. Dennoch gibt es immer wieder Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit. Auch andere Amtsgerichte – Aachen, Berlin-Tiergarten, Dillenburg und Königs Wusterhausen – urteilten schon, dass die Apparate rechtsstaatliche Grundsätze verletzten, weil eine nachträgliche Kontrolle der Daten kaum möglich sei.

Geräte neuer Art wie PoliScan überwachen Fahrzeuge auf mehreren Spuren gleichzeitig, indem sie den weiteren Fahrweg vorausberechnen; der Verstoß wird 50 bis 20 Meter vor dem Blitzer ermittelt, geblitzt wird erst dicht vor dem Gerät.

PoliScan Speed

Gutachter wie der Freiburger Ulrich Löhle stellten allerdings schon früh fest, dass es dabei gelegentlich zu falschen Einordnungen kommt: So kann das Foto den Verstoß einem Auto zuweisen, das gar nicht zu schnell war. „Dann bekommt dessen Fahrer den Bußgeldbescheid, ohne dass jemand anderes den Fehler bemerkt oder belegen kann“, sagt Löhle.

Mit einer seit Juli 2013 vorgeschriebenen Auswerte-Software treten solche Fälle zwar nicht mehr auf. Doch bei Modellen der ersten Generation, die etwa in Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen und einigen Städten wie Mannheim noch im Einsatz sind, bleiben die Schwächen bestehen. Und manchmal wurde und wird womöglich noch für neue Geräte vorschriftswidrig veraltete Software verwendet.

In Überlingen etwa, wo ein mobiler Blitzer im Mai an einem Tag 392 Treffer zur Anzeige brachte; die neue Software dagegen hätte hiervon 223 als ungültig verworfen. Ein solch hoher Ausschuss sei „sehr wahrscheinlich ganz überwiegend auf einen Bedienungsfehler“ zurückzuführen, sagt Löhle, „aber solche Fehler muss schon das Gerät selbst erkennen können“.

Auf mehrspurigen Fahrbahnen, so Löhle, seien die Messdaten alter Geräte oder neuer Geräte mit alter Auswerte-Software „wegen nicht kontrollierbarer Fehlerquellen“ sogar überhaupt nicht verwertbar.

Von den oft Hunderten Entfernungsmessungen pro Fahrzeug werden nur die erste und die letzte übermittelt – die eigentlichen Berechnungsgrundlagen bleiben im Dunkeln. Selbst der neuen Version traut der Gutachter nicht ganz: „Da kann es immer noch systematische Fehler geben, die bisher nur noch nicht entdeckt worden sind.“

Trotzdem haben Oberlandesgerichte bisher zugunsten der Messungen mit PoliScan entschieden. So hob das Oberlandesgericht Karlsruhe kürzlich einen früheren Freispruch des Emmendinger Amtsrichters auf: dass Sachverständige keinen Zugang zu allen Daten hätten, stehe der Verwertbarkeit nicht entgegen.

Doch Schützenhilfe erhielten die renitenten Amtsrichter unlängst aus berufenem Munde: Ein Richter, der am Bundesgerichtshof für Verkehrsstrafsachen zuständig ist, äußerte sich in einem Fachaufsatz. Die „Blockadehaltung“ der Oberlandesgerichte, wenn es um die Einsicht in Messunterlagen gehe, schrieb Jürgen Cierniak, sei „fast schon anachronistisch“.

Dietmar Hipp